

Haldensleben, den 24.04.2021

Niederschrift

über die 15. Tagung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses der Stadt Haldensleben am 13.04.2021, von 18:00 Uhr bis 20.25 Uhr

Ort: in der KulturFabrik Haldensleben, Gerikestraße 3 a, Dachgeschoss

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Klaus Czernitzki

Mitglieder

Frau Nadine Brennecke

Frau Birgit Kolbe

Herr Sascha Oldenburg

Herr Reinhard Schreiber

Herr Tim Teßmann

Herr Bodo Zeymer

sachkundige Einwohner

Frau Ann Fabini

von der Verwaltung

stellv. Bürgermeisterin Frau Sabine Wendler

2. stellv. Bürgermeisterin Frau Carola Aust

Amtsleiterin Frau Doreen Scherff

Abt.-Ltr. Jugend/Sport Herr Ulf Dreyer

Abwesend:

Frau Christel Hintze

Frau Dr. Silke Pokarr

Gäste:

Frau Anja Reinke

Herr Hagen Bergmann

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 16.02.2021
4. Einwohnerfragestunde
5. Antrag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN - Änderung der Satzungen der gemeinnützigen Vereine um eine Heimfallklausel und um die Teilnahme der Einwohner bei der Verwirklichung von Satzungszielen
Vorlage: A-048(VII.)/2021
6. Antrag - Ortsbürgermeister Hundisburg Nico Schmidt - Verortung zusätzlicher ständiger Kindertageseinrichtungen - Vorlage: A-055(VII.)/2021
7. Nachnutzung der Sportfreifläche Lindenallee
8. Förderanträge
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 16.02.2021
12. Mitteilungen
13. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 7 Ausschussmitglieder und Frau Ann Fabini, sachkundige Einwohnerin, anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Frau Anja Reinke und Herr Hagen Bergmann nehmen als Gäste teil.

zu TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig angenommen und gilt damit als festgestellt.

zu TOP 3 **Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 16.02.2021**

Schriftlich liegen dem Ausschussvorsitzenden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 16.02.2021 vor. Der öffentliche Teil der o.g. Niederschrift wird von den Ausschussmitgliedern einstimmig bestätigt.

zu TOP 4 **Einwohnerfragestunde**

Einwohner 1 – 13.04.2021

Der Einwohner spricht die zahlreichen Schmierereien im Stadtgebiet an. Was will die Verwaltung dagegen unternehmen?

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler gibt dem Einwohner recht. Die Tendenz ist steigend, es ist eine bedenkliche Entwicklung. Innerhalb der Verwaltung wurde diese Problematik mehrfach thematisiert und überlegt, wie man dem entgegenwirken kann, denn es sind zum Teil auch städtische und öffentliche Gebäude von den Schmierereien betroffen. Der Respekt vor fremden Eigentum ist nicht gegeben. Ihres Erachtens ist hier dringend Zivilcourage der Haldensleber Bürger gefragt. Der Appell richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, derartige Schmierereien zur Anzeige zu bringen. Die Verwaltung ist über jeden Hinweis dankbar.

Die Stadt Thale hat ähnliche Probleme und hat 1.000,00 € Belohnung ausgesetzt, für diejenigen, die angezeigt werden, so die Anregung vom Einwohner. Z.B. bei dem Schriftzug am Museum lasse sich erkennen, wer das war, wenn man aus der Szene jemanden kennt.

Stadtrat Tim Teßmann gibt den Hinweis, dass das Stromhäuschen an der Ohrelandhalle vom Handballverein gestaltet wurde. Der Handballverein wird auch die Graffiti-Schmierereien wieder entfernen, aber durch Corona ist es derzeit schwierig, dass dort mehrere Vereinsmitglieder tätig werden.

zu TOP 5 **Antrag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN - Änderung der Satzungen der gemeinnützigen Vereine um eine Heimfallklausel und um die Teilnahme der Einwohner bei der Verwirklichung von Satzungszielen - Vorlage: A-048(VII.)/2021**

Der Stadtrat möge beschließen:

Alle gemeinnützigen Vereine, die seitens der Stadt Haldensleben in irgendeiner Form (direkte finanzielle Beihilfen, kostenlose Nutzung städtischer Immobilien, Übernahme von Kosten usw.) unterstützt werden, müssen in ihrer Satzung Folgendes sicherstellen:

- Die Heimfallklausel muss gewährleisten, dass im Falle einer Auflösung des Vereins der Teil, des verbleibenden Vermögens, der gefördert wurde, für freiwillige Aufgaben, entsprechend der Satzungsziele des Vereins, der Stadt Haldensleben zur Verfügung steht.
- Die aktive oder passive Teilnahme aller Einwohner der Stadt Haldensleben bei der Verwirklichung der Satzungsziele muss gewährleistet sein.“

Den Vereinen wird eine Frist von 2 Jahren zur Anpassung ihrer Satzungen gewährt. Nach dieser Zeit wird die Fortsetzung der Förderung in Abhängigkeit von der vorgelegten Satzung und der nachgewiesenen Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt gewährt.

Als Antragstellerin ist Stadträtin Anja Reinke zu Gast. Sie verliert den Antrag und begründet, warum ihre Fraktion diesen Antrag gestellt und für sinnvoll erachtet. Es müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit die Gelder der Stadt in verantwortungsvoller Weise eingesetzt werden. Die Anpassung der Satzung würde in dieser Hinsicht Sicherheit geben, ohne dass aufwendige ständige Kontrollen in jedem Fall notwendig werden. Ihres Erachtens sind einige Dinge passiert und dafür gilt es eine Lösung zu finden. Als Beispiel führt sie den Verein ISV an, der sich nunmehr in Insolvenz befindet.

Zu der Forderung, dass alle Einwohner der Stadt Haldensleben aktiv oder passiv am Vereinsleben teilnehmen können, führt sie aus, dass ein Ehepaar über Jahre hinweg zwei Teilnehmer der Sommermusikakademie finanziell unterstützt habe. Als der Ehemann sich entschloss, Vereinsmitglied zu werden, wurde ihm vom Verein eine Mitgliedschaft versagt. Es ist für Stadträtin Reinke unverständlich, wie ein Verein, der jährlich beträchtliche finanzielle Zuwendungen von der Stadt Haldensleben bzw. von einem langjährigen Sponsor erhält, so verfahren kann. Weiterhin trägt sie vor, dass ein junger Mann einen Vereinsraum für seine private Feier mieten wollte, jedoch eine Absage bekam – er war Schwarzafrikaner. Ein Bekannter von ihm fragte ebenfalls an, den Raum mieten zu können und erhielt eine Zusage. Ihres Erachtens sollten sich Vereine, die von der Stadt unterstützt werden, an bestimmte Regeln halten.

Stadtrat Reinhard Schreiber unterstützt den Antrag. Wer sich ehrenamtlich engagieren möchte, dem sollte keine Absage erteilt werden.

Für den Ausschussvorsitzenden Klaus Czernitzki stellt sich die Frage, wie die Verwaltung in das Satzungsrecht der Vereine eingreifen wolle.

Vereine, die keine regelmäßige finanzielle Unterstützung von der Stadt erhalten, sind von dem Antrag nicht betroffen. Aber von einem Verein, der mit städtischen Mitteln gefördert wird, sollte man eigentlich erwarten, dass alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zugang zu diesem Verein haben, meint Stadtrat Bodo Zeymer. Auch das Beispiel, bei der Vermietung der Vereinsräume Unterschiede vorzunehmen, sollte ausgeschlossen sein.

Stadtrat Tim Teßmann halte es für schwierig, alle Vereine unter Generalverdacht zu stellen. Die Beispiele, die genannt wurden, verurteilt er. Seines Erachtens müssten die Vereine konkret benannt werden. Ob derartige Praktiken durch den Antrag allerdings verhindert werden können, zweifelt er an. Er halte es für das falsche Signal, wenn die Stadt über die verbleibenden Gelder entscheiden solle, wenn dem Verein Insolvenz droht. Die Fördergelder die an die Vereine ausgereicht werden, sind jährlich abzurechnen. Anmerken möchte er in dem Zusammenhang, dass Satzungsänderungen langwierig und mit Kosten für den Verein verbunden sind.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki möchte sich in Bezug auf die Heimfallklausel auf die Stellungnahme der Verwaltung beziehen. In der Regel werden Projekte finanziert und wenn die Projekte abgeschlossen sind, sind die Gelder verbraucht und die Belege werden abgerechnet. Handelt es sich bei der Förderung um Gegenstände, ist die Nutzungsdauer auch begrenzt. Was soll davon zurückgefordert werden? Von daher stellt sich für ihn Frage, ist die Heimfallklausel rechtlich durchsetzbar bzw. umzusetzen. Was die Mitgliedschaft in einem Verein betreffe, sei er davon ausgegangen, dass jeder Einwohner Mitglied eines Vereins werden könne. Wenn das nicht der Fall ist, bittet er die Antragstellerin um Erörterung.

Vereine müssen in ihrer Satzung verankern, so Stadträtin Anja Reinke, dass sie allen Personen offenstehen, unabhängig von politischen, religiösen und weltanschaulichen Grundsätzen oder Zugehörigkeiten von bestimmten Bevölkerungsgruppen. Das bedeutet, dass grundsätzlich niemand ausgegrenzt werden darf. Da es bei einigen Vereinen nicht so praktiziert wird, sollte dieser Antrag dazu beitragen, wie man künftig damit umgehen will. Ob der Antrag der richtige Weg ist, muss man sehen. Es sollte lediglich ein Anstoß zum Nachdenken sein.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki ruft den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Vorlage: A-048(VII.)/2021 zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu TOP 6 **Antrag - Ortsbürgermeister Hundisburg Nico Schmidt - Verortung zusätzlicher ständiger Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: A-055(VII.)/2021

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass eine auf Grund zusätzlichen Bedarfs im Stadtgebiet Haldensleben zu errichtende Kindertageseinrichtung in Hundisburg zu verorten ist.

In Vertretung des Ortsbürgermeisters ist Herr Hagen Bergmann vom Ortsrat Hundisburg anwesend, um den Antrag einzubringen. Der Ortschaftsrat Hundisburg steht hinter diesem Antrag. Hundisburg als größte Ortschaft hat keine Kindertagesstätte und deshalb bittet er die Anwesenden, den Antrag zu unterstützen.

Zunächst nimmt Amtsleiterin Doreen Scherff zu dem Antrag Stellung und führt aus, dass darüber bereits mit dem Ortsbürgermeister gesprochen wurde. Für eine neue Kindereinrichtung sind mindestens 3 Gruppen-Einrichtungen vorzusehen, um die Einrichtung wirtschaftlich betreiben zu können. D.h., 50 bis 54 Kinder müssten die Einrichtung besuchen. Ermittelt wurde für Hundisburg ein voraussichtlicher Bedarf von 30 bis 40 Kindern im Alter von 1 bis 6 Jahre. Als seinerzeit über die Ausweicheinrichtung auf dem Süplinger Berg gesprochen wurde, gab es die Diskussion schon einmal. Wie bekannt ist, hat die städtische Wohnungsgesellschaft vor einigen Jahren ca. 450.000 € eingesetzt, um die Räumlichkeiten für eine Kita vorzusehen, die auch genehmigungsfähig ist. Der einzige Knackpunkt dieser Einrichtung auf dem Süplinger Berg sind die Außenanlagen. Die Herrichtung der Außenanlagen mit Hilfe von Fördermitteln hat der Stadtrat hierzu abgelehnt. Offensichtlich war das bereits der nächste Schritt für eine neue Kita mit Standort in Hundisburg. Allerdings hat die Verwaltung auch die Verpflichtung, auf die finanziellen Belange hinzuweisen. Tatsache ist, dass am Süplinger Berg eine weitere Kindertagesstätte vorhanden wäre. Eine Einrichtung in Hundisburg müsste neu gebaut werden, zumindest wären die Investitionskosten aufzubringen. Das Bauamt hatte schon einmal den Auftrag zu prüfen, inwieweit Fördermittel in Anspruch genommen werden können. Wenn sie sich recht erinnere, war die Aussage, dass keine Möglichkeit gesehen werde. Dieser Umstand kann sich ändern, aber auf jeden Fall werden in Hundisburg deutlich mehr finanzielle Mittel investiert werden müssen. Die Entscheidung über den Standort wäre im Stadtrat zu treffen. Im Moment ist es so, dass in den Kindertagesstätten genügend Plätze vorgehalten werden können. Es sind nicht immer die Plätze in den Einrichtungen vorhanden, die von den Eltern gewünscht werden, aber der Verpflichtung, Plätze bereit zu stellen, kann entsprochen werden. Im Haushalt sind für die nächsten Jahre auch bestimmte Baumaßnahmen vorgesehen. U.a. ist die Kita „Max und Moritz“ mit der Sanierung vorgesehen. Wenn die Einrichtung nach den neuen Standards saniert wird, könnte möglicherweise die Kapazität verringert werden. Sobald die Planung vorliegt und bekannt ist, um wie viele Plätze die Kapazität möglicherweise abweicht, müsste man das neu bewerten. Das ist der Kontext, in dem sich dieser Antrag aus Sicht der Verwaltung bewegt.

Stadtrat Bodo Zeymer unterstützt den Antrag vom Ortschaftsrat Hundisburg. Er würde die Verwaltung bitten, dass den Ausschussmitgliedern Zahlenmaterial vorgelegt werde, wie sich die Auslastung der Kitas perspektivisch darstellt. Vielleicht findet man einen freien Träger mit einem tollen Konzept, der eine Kita. in Hundisburg baut.

Stadträtin Birgit Kolbe bezieht sich auf den Wortlaut des Antrages vom Ortschaftsrat Hundisburg und dem kann ihre Fraktion zustimmen.

Ein entscheidender Faktor bei der Wahl der Kita ist das Konzept. Dafür sind die Eltern gern bereit, ihr Kind in einen Ortsteil zu fahren, so die Überzeugung von Frau Ann Fabini, sachkundige Einwohnerin.

Stadtrat Tim Teßmann ist zuversichtlich, dass es durch die neuen Wohngebiete in Haldensleben und vielleicht auch in Hundisburg einen erhöhten Bedarf an Kita-Plätzen geben werde.

Wie der Ausschussvorsitzende der Diskussion entnommen habe, wird der Antrag vom Ortschaftsrat Hundisburg fraktionsübergreifend unterstützt. Was ihn jedoch verwundert ist, dass keiner die Frage nach der Wirtschaftlichkeit gestellt hat. Er sehe derzeit auch keinen Bedarf. Wenn dieser Beschluss so gefasst werde, würde er einen Änderungsantrag in der Form einbringen wollen, dass in einem Nebensatz steht “wenn es wirtschaftlich vertretbar ist“.

Die Wirtschaftlichkeit steht momentan nicht im Vordergrund. Erst wenn eine Kita benötigt werde, soll sie in dem größten Ortsteil gebaut werden, argumentiert Stadtrat Sascha Oldenburg.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki bringt folgenden Änderungsantrag ein: Der Stadtrat beschließt, dass eine auf Grund zusätzlichen Bedarfs im Stadtgebiet Haldensleben zu errichtende Kindertageseinrichtung in Hundisburg zu verorten ist, sofern es wirtschaftlich vertretbar ist.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme

Sodann stellt er den Antrag in der Ursprungsform zur Abstimmung, der wie folgt lautet:

Der Stadtrat beschließt, dass eine auf Grund zusätzlichen Bedarfs im Stadtgebiet Haldensleben zu errichtende Kindertageseinrichtung in Hundisburg zu verorten ist.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

zu TOP 7 **Nachnutzung der Sportfreifläche Lindenallee**

Mit der Nachnutzung der Sportfreifläche hat sich der Ausschuss bereits mehrfach beschäftigt, so einleitend Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki. Soweit er Kenntnis habe, hat Herr Reinhold sein Angebot zurückgezogen.

Die stellv. Bürgermeisterin trägt vor, dass Herr Reinhold erklärt hat, dass er das Objekt kaufen möchte. Die Stadt hatte vorbehaltlich einer Beschlussfassung der zuständigen Gremien das Angebot unterbreitet, die unbebaute Fläche, sprich die eigentliche Sportplatzfläche zu vermieten und für die bebaute Fläche mit dem Vereinshaus und dem unfertigen Gebäude bestünde die Möglichkeit, ein Erbbaurecht zu bestellen. Es gibt für die beiden Flurstücke ein Verkehrswertgutachten. Dieses Angebot ist durch die Antragsteller nicht angenommen worden. Die Antragsteller sind Herr Reinhold bzw. liegt ein Antrag von Frau Meißner und Herrn Bonstedt vor.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki erinnert, dass sich der Ausschuss in seiner Sitzung am 10.11. 2020 verständigt hatte, die Thematik aufgrund von Corona auf das Frühjahr zu vertagen und es gab den Auftrag an die Verwaltung, sich Gedanken über eine künftige Nutzung des Platzes zu machen. Bislang sind dem Ausschuss die Anträge der SPD und das Angebot von Herrn Schreiber bekannt. Heute liegt ein zusätzliches Angebot von Frau Meißner und Herrn Bonstedt vor und er bittet die Antragsteller ihre Ideen dem Ausschuss vorzustellen.

Frau Sabine Meißner begrüßt die Anwesenden. Sie und Herr Bonstedt sind Althaldensleber und beide stören sich daran, dass der Sportplatz in Althaldensleben seit geraumer Zeit nicht mehr genutzt wird. Sie sind der Auffassung, dass man diesen Platz eigentlich wieder der Bevölkerung für sportliche und kulturelle Aktivitäten zugänglich machen könnte, wobei es im Moment durch Corona schwierig ist. Es gehe beiden nicht darum, den Sportplatz wieder seiner bisherigen Nutzung zuzuführen, sondern der Platz soll die Möglichkeit bieten, gemeinsam Sport treiben zu können. Es sollen Kindersportfeste am 01. Juni mit Sackhüpfen, Tauziehen usw. wieder stattfinden; es soll Gemeinsamkeit zelebriert werden. Die Bevölkerung lechzt danach, wieder miteinander kommunizieren zu können. Es gibt die Idee, ein Sommerkino stattfinden zu lassen. Die Besucher kommen mit den Picknickdecken und schauen einen Film an. Kontaktdaten habe sie. Auch zu Streichelzoos habe sie Kontakte. Es könnten die Kinder der Kitas, der Grundschulen, die Bewohner der Seniorenheime die Möglichkeit haben, Kontakte zu Tieren aufzunehmen, weil Streichelzoos entspannend wirken und vielen Leuten ein Lächeln ins Gesicht zaubern. Es soll auch für einige wenige Dauercamper die Möglichkeit geben, ihren Wohnwagen dort abzustellen. Diese könnten unter Umständen gleich eine Sicherung des Objektes vornehmen, um möglichen Randalieren Einhalt zu gebieten. Weiterhin gibt es die Vorstellung, 3mal in der Woche einen Kioskbetrieb vorzuhalten. Es gibt zum einen sehr viele Spaziergänger im Park und zum anderen befindet sich die Gartenanlage gegenüber. Auf dem Platz sollen Osterfeuer, Herbstfeste, Martinsumzüge, Halloween Partys, Dackelzüchtertreffen usw. stattfinden, je nach Wetterlage im Freien oder im Gebäude. Wie gesagt, Ideen gibt es zahlreiche. Herr Bonstedt und sie verfügen über ein gutes Netzwerk. Es ist geplant einen Verein zu gründen, um auch anderen Leuten die Möglichkeit zu geben, sich mit einzubringen. Ihre finanziellen Möglichkeiten sind begrenzt, momentan brauchen sie beide ihre Energie für ihre Betriebe. Fakt ist, beide haben Ideen und wollen wieder Leben auf dem Sportplatz zulassen. Der Verein soll den Namen „Haldensleber Gänseblümchen e.V.“ tragen, weil das Gänseblümchen eine freundliche Blume ist, die nie allein dasteht. Damit ist Frau Meißner wieder beim Thema - gemeinsam für schöne Dinge.

Herr Bonstedt habe erst einmal den Ausführungen seiner Partnerin nichts hinzuzufügen.

Stadträtin Birgit Kolbe findet die Idee super. Für sie stellt sich erst einmal die Frage nach der Finanzierung. So wie Frau Kolbe den Platz in Erinnerung habe, sei es nicht unproblematisch den zu übernehmen.

Selbst wenn Herr Bonstedt und Frau Meißner ihre Betriebe weiterführen dürfen, hat auch bei ihnen Corona Spuren hinterlassen. Die Umsätze sind rückläufig. Sie sind auch nicht bereit, für Altschäden, die andere verursacht haben, aufzukommen. Finanzielle Mittel können nicht erbracht werden. Was möglich wäre, sind die Übernahme

von Maler- und Fliesenarbeiten. Es gibt auch die Idee, die Umkleidekabinen als Schlafmöglichkeiten für Radwanderer zu nutzen. Haldensleben liegt an einem strategisch nicht ganz uninteressanten Radweg und wenn der Tourismus irgendwann wieder einmal belebt wird, sind die Radfahrer froh, wenn sie in einem einfachen Bett schlafen können statt in einem Zelt. Die Radfahrer können zur Toilette gehen, können vernünftig duschen - die sanitären Anlagen sind in Ordnung. Und durch den Kioskbetrieb, könnten vielleicht auch mal die Vorratstaschen aufgefüllt werden.

Die finanziellen Mittel stehen auch für **Stadtrat Sascha Oldenburg** im Fokus. Die Idee begrüßt er, aber seines Erachtens bedarf es für die Umsetzung sehr viel Geld. Nicht nur die Kosten für die Instandsetzung sind enorm, sondern auch die Kosten für die Unterhaltung. Woher soll das Geld bezogen werden. Für die Idee mit dem Kiosk wird eine Konzession benötigt. Wenn Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen, sind die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden. Es wäre schön, wenn die Antragsteller ihr Konzept detaillierter aufstellen und nochmals einreichen würden.

Zur Unterhaltung des Platzes sei zu sagen, so **Frau Sabine Meißner**, dass Herr Bonstedt in Althaldensleben Landwirtschaft betreibt. D.h., die Technik wäre da, um über den Platz zu fahren, zu mähen usw., um den Platz in Ordnung zu halten. Sie hat nebenan ein Pferd zu stehen, das die Wiese abfressen könnte und das gleichzeitig ökologischen Dünger produziert. Sie ist zuversichtlich, dass man Dinge durch Umsetzen lernen kann. Es wird nicht von Anfang an funktionieren, man steckt erst einmal ganz viel Energie und Herzblut rein, aber es gibt genug andere Vereine, die auch aus einer kleinen Idee herausgewachsen sind. Fleiß ist nicht ihr Thema.

Für **Stadtrat Reinhard Schreiber** ist es noch kein Konzept, was von den Antragstellern eingereicht wurde. Er findet es aber erst einmal erfreulich, dass sich die junge Generation aus Althaldensleben mit dem Thema beschäftigt und darüber berät, was man machen kann. Was er allerdings bedauert ist, dass man die vorhandenen Akteure aus Althaldensleben nicht mit einbezogen hat. Aber wie seine Vorredner bereits anklingen ließen, sind die Finanzen am Ende das Entscheidende.

Es ist kein ausgereiftes Konzept, bestätigt **Frau Sabine Meißner**. Vor 6 Wochen ist die Überlegung bei den Antragstellern gereift, den Sportplatz wieder nutzbar machen zu wollen. Die Zeiten durch Corona sind für alle nicht einfach. Deshalb wollten Herrn Bonstedt und sie erst einmal wissen, ob ein generelles Interesse besteht, dass auf dem Sportplatz wieder ein Vereinsleben stattfindet.

Auch **Stadtrat Bodo Zeymer** begrüßt die Ideen der Antragsteller, aber er hätte gern ein Konzept mit einem zumindest groben Zeitplan gelesen. Hier sei noch Nacharbeit durch die Antragsteller gefragt. Zudem würde Herrn Zeymer interessieren, was die Stadt geplant hat, bevor sich der Ausschuss insgesamt eine Meinung bildet.

Bevor der **Ausschussvorsitzende** fortfährt merkt er an, dass es seines Erachtens gut und wichtig ist, dass es noch Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt gibt, die sich Gedanken um den Sportplatz machen. Für das, was sich die Antragsteller vorgenommen haben, bedarf es noch viel Zeit und Energie. Er kommt jetzt auf 2 Änderungsanträge von Stadträtin Birgit Kolbe zu den Anträgen der SPD zu sprechen, die zum Inhalt haben, dass die Verwaltung erst einmal die Kosten berechnet.

Der **1. Antrag** lautet wie folgt: Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für eine Sanierung des Sportplatzes Lindenallee und Umwidmung zu einem Bolzplatz bis zum Beginn des IV. Quartals zu ermitteln.

Der **2. Antrag** hat folgenden Wortlaut: Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für eine Sanierung des Vereinsheimes einschließlich des Sanitärgebäudes auf dem Sportplan an der Lindenallee bis zum Beginn des IV. Quartals zu ermitteln.

Bevor **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** auf die Änderungsanträge eingeht, bittet er die Verwaltung ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Die **stellv. Bürgermeisterin** führt aus, dass sich die Verwaltung im letzten halben Jahr auch intensiv mit dieser Problematik auseinandergesetzt hat. Es sind sich sicherlich alle darüber einig, dass der Sportplatz für Althaldensleben in der Lindenallee sehr wichtig ist und dass die öffentliche Nutzung auch erhalten werden sollte. Aus diesem Grund ist die Überlegung entstanden, dort einen Abenteuerspielplatz zu errichten. Zum Ende des letzten Jahres haben sich die Stadträte mit dem Gedanken getragen, einen großen Spielplatz mit einer Wasserfläche usw. errichten zu wollen und die Verwaltung würde dafür evtl. diese Fläche vorsehen. Von der Größe her bietet der Platz ausreichend Fläche um auch eine Bewegungsfläche für ältere Menschen installieren zu können. Auf dem

Platz sollten eigentlich alle Altersgruppen Berücksichtigung finden können. Ein Vorteil wäre, dass Althaldensleben im Fördergebiet liegt, d.h. man könnte eine Förderung beantragen, hätte dort auch eine sinnvolle öffentliche Nutzung und würde diese Fläche für Althaldensleben erhalten. Das ist die Idee der Verwaltung dazu.

Über den Vorschlag der Verwaltung, den Spielplatz in Althaldensleben zu verorten, zeigt sich **Stadträtin Birgit Kolbe** überrascht. Ihre eingereichten Änderungsanträge gehen eigentlich in die Richtung, dass dieser Platz von den Althaldenslebern genutzt werden kann. Es liegen verschiedene Anträge zur künftigen Nutzung des Platzes vor. Wie gesagt, was Frau Meißner und Herr Bonstedt heute vorstellten, gefällt ihr gut. Sie kann die beiden auch verstehen, dass sie erst einmal in Erfahrungen bringen wollen, ob überhaupt Interesse besteht, ehe sie weiterhin Zeit investieren, ein aussagefähiges Konzept erstellen bzw. den Verein zu gründen. Darum halte sie an ihren Änderungsanträgen fest, erst einmal zu prüfen, welche Kosten auf die Stadt zukommen würden, denn nur dann könne der Stadtrat darüber entscheiden. Ihre Fraktion ist dabei konkrete Vorschläge zu dem Spielplatz zu machen und deshalb kam der Vorschlag der Verwaltung vielleicht ein bisschen überstürzt.

Die stellv. Bürgermeisterin wirft ein, dass die Rahmenpunkte für den Spielplatz in der letzten Stadtratssitzung benannt wurden und daraus ergibt sich, dass ein großer Flächenbedarf erforderlich sein sollte.

Stadtrat Bodo Zeymer ist der Meinung, dass man die Fördermittel, die die Stadt akquirieren könnte, auch für andere Zwecke verwenden könnte, als für einen Abenteuerspielplatz in Althaldensleben. Selbst wenn ein Abenteuerspielplatz in der Größe entsteht, muss Betreuungspersonal vor Ort sein. Aber der Abenteuerspielplatz, den Frau Kolbe vor Augen hat, den wollten die Stadträte mehr im Stadtzentrum oder in der Nähe des Stadtzentrums verorten. Althaldensleben dafür vorzusehen, diese Überlegung ist völlig neu, das hätte er gern vorher gewusst. Wenn die Stadt bereit ist, in dieses Objekt zu investieren bzw. Fördermittel eingesetzt werden können, um aus dem Platz etwas zu machen, dann müssten allen Antragsteller zusammen an einen Tisch kommen. Er würde auch die Änderungsanträge von Frau Kolbe unterstützen, dass zunächst einmal die Kosten ermittelt werden.

Die Verwaltung wurde beauftragt, sich Gedanken für die künftige Nutzung des Sportplatzes zu machen. Diesen Auftrag hat die Verwaltung umgesetzt und hat den Ausschuss heute über das Ergebnis in Kenntnis gesetzt. **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** gehe davon aus, dass die Stadt die Kosten werde tragen müssen, gleichgültig welches Konzept letztendlich umgesetzt werde. Den Diskussionsbeiträgen habe er entnehmen können, dass der Abenteuerspielplatz in Althaldensleben nicht gewollt ist.

Es gab den Auftrag an die Verwaltung, welche Möglichkeiten der Nutzung für den Platz vorstellbar wären. Der Ausschuss diskutiere immer was nicht geht, was man nicht machen kann; die Verwaltung hat jetzt erst einmal eine Variante vorgeschlagen. **Stadtrat Tim Teßmann** könnte sich vorstellen, dass man alle Vorschläge, Ideen kombinieren könnte. Seines Erachtens sollten sich die Interessen außerhalb einer Ausschusssitzung treffen, um vielleicht in dieser Runde zu einem zielführenden Ergebnis zu kommen.

Stadtrat Sascha Oldenburg unterstützt den Vorschlag von Herrn Teßmann, dass alle Antragsteller zusammenkommen und ihre Vorstellungen in ein Konzept einfließen lassen.

Stadtrat Reinhard Schreiber hätte sich gewünscht, dass die Verwaltung heute Kosten benennt, denn davon hängt es letztlich ab, was machbar ist und was nicht.

Auch mit dieser Thematik hat sich die Verwaltung beschäftigt, so die stellv. Bürgermeisterin.

Abt.-Ltr. Ulf Dreyer führt aus, dass es eine Kostenschätzung für den Sportplatz gibt. Um das Sportfeld und die angrenzenden Flächen wieder zu einem Sportplatz herzurichten, betragen die Kosten 200.000 € - ohne das Gebäude. Allein die versenkbare, sprich automatische Beregnungsanlage würde ca. 50.000 € kosten. Von einer Projektgruppe wurden die Kosten ermittelt, wenn die Fläche in Gänze für alle Altersgruppen umgestaltet werden würde (1 Mio. Euro). Es kostet alles sehr viel Geld, egal welcher Vorschlag am Ende favorisiert wird. Das Zahlenmaterial liegt in der Verwaltung vor. Vielleicht wäre es tatsächlich sinnvoll einen Stammtisch, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Vorschläge gemeinsam zu überdenken, denn die Kosten sind enorm.

Stadträtin Birgit Kolbe kommt auf die Anträge der SPD zurück bzw. auf die Änderungsanträge ihrer Fraktion dazu. Es sollen die Kosten für einen Bolzplatz ermittelt werden und es sollen die Kosten für die Sanierung des Vereinsheimes plus der sanitären Anlagen ermittelt werden. Es sollen keine Luxusanlagen entstehen, die Gebäude sollen so hergerichtet werden, dass sie nutzbar sind.

Ausschussvorsuchsvorsitzender Klaus Czernitzki greift den Vorschlag von Stadträten Tim Teßmann und Sascha Oldenburg auf, die der Meinung sind, dass alle „an einen Tisch“ kommen und miteinander reden sollten

und nicht jeder für sich allein kämpft. Diesen Vorschlag begrüßt er, würde ihn aber noch nicht abstimmen lassen, bevor er Kenntnis hat, wie mit den Anträgen von Stadträtin Birgit Kolbe umgegangen werden soll.

Wie bereits dargelegt hat die SPD zwei Anträge eingereicht und Fraktion Bürgerbewegung HDL hat dazu zwei Änderungsanträge eingebracht. Vom Procedere her müsste es so sein, dass über die Änderungsanträge abgestimmt wird. Die Kosten benötigt man als Grundlage und dann kann man auch über alles Weitere entscheiden, gibt Stadträtin Birgit Kolbe zur Antwort.

Für den Ausschussvorsitzenden sind dies keine Änderungsanträge, es sind Ersetzungsanträge, wenn die Verwaltung beauftragt werden soll, erst einmal die Kosten zu ermitteln.

Die stellv. Bürgermeisterin ergreift die Initiative und merkt an, dass sie Ermittlung der Kosten als Arbeitsauftrag mitnimmt und das Bauamt bittet, die Kosten für die Sanierung des Vereinshauses zu schätzen, wenn das Gebäude für eine Nutzung hergerichtet werden würde (Minimalvariante). Herr Dreyer hatte bereits erwähnt, dass ein Sportplatz / Großspielfeld 215.000 € kosten würde. Da ein Brunnen schon vorhanden ist, würden noch 200.000 € verbleiben. Aber das wären nicht die Kosten für einen Bolzplatz, das wäre ein Großspielfeld. Der Flächenbedarf für einen Bolzplatz müsste ermittelt werden, um die Kosten nur für einen Bolzplatz berechnen zu können (Minimalvariante). D.h., die Verwaltung erstellt eine Kostenschätzung für die Herrichtung des Vereinshauses und eine Kosten-schätzung für den Bolzplatz.

Stadtrat Reinhard Schreiber merkt an, dass ein barrierefreies Konzept von einem Planer vorliegt, dass man auch künftig nutzen könnte.

Um eine Zusammenkunft organisieren zu können, wäre ein Raum in der Größe des Dachgeschosses der KulturFabrik erforderlich, um die erforderlichen Abstandsregeln einhalten zu können. Stadtrat Bodo Zeymer fragt an, ob die Verwaltung das Dachgeschoss zur Verfügung stellen würde, um sich mit 10 bis 15 Interessierten zusammen setzen zu können, um sich über das Konzept zu verständigen.

Gemäß der Eindämmungsverordnung ist es nur den politischen Gremien gestattet, Sitzungen durchzuführen. Die Verwaltung müsse prüfen, unter welchen Voraussetzungen es möglich wäre. Die stellv. Bürgermeisterin sehe diesbezüglich im Moment große Schwierigkeiten. Sie unterbreitet den Vorschlag, dass die Verwaltung erst einmal die Kosten schätzt. Vielleicht können die beiden neuen Vereinsgründer ihr Konzept in der Zwischenzeit detaillierter zu Papier bringen, damit etwas vorliegt, was man zusammenführen kann. Das wäre ihres Erachtens in nächster Zeit realisierbar. So wie sie die Ausschussmitglieder verstanden habe, stehen sie den Ideen positiv gegenüber, dass man sagen kann, man findet ein gemeinsames Konzept, in dem sich all diese Gedanken mit verorten lassen. Oberste Priorität sehe sie darin, die öffentliche Nutzung des Platzes für Althaldensleben zu erhalten, in welcher Form sie auch immer stattfinden sollte.

Stadtrat Bodo Zeymer bittet, dass den Ausschussmitgliedern die Zahlen von Herrn Dreyer zur Verfügung gestellt werden. Das sichert die stellv. Bürgermeisterin zu.

Aufgrund der Zusage der Verwaltung, die Kosten für den Bolzplatz und die Herrichtung des Vereinsgebäudes durch das Bauamt errechnen zu lassen, fragt Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki nach, ob Stadträtin Kolbe an der Abstimmung ihrer Änderungsanträge festhält.

Stadträtin Birgit Kolbe zieht die Anträge zurück. Sie verlässt sich auf die Zusage der Verwaltung.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki stellt fest, dass die Diskussion ergeben hat, heute über kein Konzept abzustimmen zu wollen. Diesbezüglich gibt es keinen Widerspruch seitens der Ausschussmitglieder. Weiterhin wurde festgestellt, so der Ausschussvorsitzende, dass es eine gemeinsame Beratung mit allen Interessierten geben sollte, um die Ideen bündeln zu können. Unter Corona-Bedingungen gestaltet sich ein Treffen allerdings schwierig.

Von Stadtrat Tim Teßmann gibt es die Anregung, dieses Treffen nicht in Form einer Ausschusssitzung durchzuführen. Diejenigen, die an der Gestaltung des Konzeptes für den Sportplatz Interesse haben, sollten sich auf Augenhöhe treffen, ohne jegliche Versammlungsleitung.

Abschließend fasst Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki die Diskussion wie folgt zusammen: Aus den vielen Ideen soll etwas Positives für den Sportplatz entwickelt werden. Wichtig ist, nicht in der bisherigen Form fortzufahren, d.h., dass sich der Ausschuss in regelmäßigen Abständen mit dem Thema befasst und feststellt,

dass man auf der Stelle tritt. Von daher ist es gut, neue Wege zu gehen, indem sich alle Akteure in einem größeren Kreis zusammenfinden, um darüber zu diskutieren, wie es konkret mit dem Sportplatz weitergeht.

Mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

zu TOP 8 Förderanträge

8.1. Antrag auf Zuwendung einer Projektförderung – KulturHeimat Haldensleben e.V.

Das Tanz-Turn-Integrationsprojekt soll das kulturelle Angebot der Stadt befördern und zu der Integration von Kindern und Jugendlichen aus 5 Ländern beitragen. Es wird um finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Haldensleben in Höhe von 400,00 € gebeten.

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen einstimmig, dem Antrag auf finanzielle Unterstützung in Höhe von 400,00 € zuzustimmen.

8.2. Antrag auf Zuwendung einer Projektförderung – Seniorenhilfe GmbH Haldensleben

Es werden 3 Konzerte unter freiem Himmel „Feierabendkonzert“ geplant; 09.07., 13.08. und 10.09.2021, um 18.00 Uhr. Ziel dieser Veranstaltung ist es, Menschen einen Rahmen zu schaffen, um Begegnungen aller Generationen nach der Corona Pandemie möglich zu machen. Die Konzerte sind für die Öffentlichkeit frei zugänglich und dienen auch dazu, die Kulturschaffenden nach dieser schweren Zeit zu unterstützen. Es wird um finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Haldensleben in Höhe von insgesamt 1.200,00 € (pro Konzert 400,00 €) gebeten.

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses sprechen sich mehrheitlich dafür aus, die geplanten Konzerte der Seniorenhilfe GmbH mit 1.200,00 € zu unterstützen.

8.3. Antrag auf Zuwendung einer Projektförderung – SV Grün-Weiß 1926 Süplingen e.V.

Für die Anschaffung von Ballfangnetzen erbittet der Verein finanzielle Unterstützung. Lt. Kostenangebot würden für 3 Universalnetze 1.106,00 € + 19 % MwSt. anfallen. Es wird eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 500,00 € beantragt.

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen einstimmig, dem Antrag des SV Grün-Weiß Süplingen auf finanzielle Unterstützung in Höhe von 500,00 € zuzustimmen.

8.4. Antrag auf Zuwendung durch Einnahmeausfälle, die durch die Corona-Krise verursacht wurden Der Kinderschutzbund Kreisverband Börde e.V.

Der Kinderschutzbund bietet für Familien und deren Kinder eine Essenausgabe an. Durch die Corona-Pandemie ist eine deutliche Mehrbelastung zu verzeichnen. Die finanziellen Zuwendungen, die von Unternehmen der Region geleistet wurden, sind erschöpft. Von daher wurde der Antrag gestellt, den Kinderschutzbund finanziell zu unterstützen. Lt. Aufstellung werden 3.800,00€ benötigt, um die künftigen Ausgaben tätigen zu können.

Stadträtin Nadine Brennecke halte die beantragte Summe für zu hoch; sie würde vorschlagen, die beantragte Summe um Hälfte zu reduzieren.

Stadtrat Bodo Zeymer schlägt vor, den Kinderschutzbund mit 2000,00 € zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Damit ist der Vorschlag abgelehnt.

Über den Vorschlag von Stadträtin Nadine Brennecke, die Hälfte zu fördern, d.h., 1.900,00 € wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Somit erhält der Kinderschutzbund eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1.900,00 €.

- 8.5. Antrag auf Zuwendung durch Einnahmefälle, die durch die Corona-Krise verursacht wurden Förderverein DGH Wedringen Durch den Ausfall von Veranstaltungen, von Vermietungen, durch Spendenausfälle (siehe Aufstellung) im Jahr 2020 konnten keine Einnahmen erzielt werden. Die Kosten für Strom, Wasser, Müll, Versicherung und Straßenreinigung schlagen weiterhin mit 3.592,00 € zu Buche, so dass dem Verein insgesamt ein Verlust von 11.792,00 € entsteht. Der Verein beantragt bei der Stadt Haldensleben, von dem entstandenen Verlust 1000,00 € zu übernehmen.

Stadtrat Reinhard Schreiber verlässt den Beratungsraum, somit sind noch 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen einstimmig bei einer Stimm-enthaltung, den Verein DGH Wedringen mit 1000,00 € zu fördern.

- 8.6. Antrag auf Zuwendung durch Einnahmefälle, die durch die Corona-Krise verursacht wurden Khepera e.V. Durch den Ausfall von Veranstaltungen im Jahr 2020 konnten keine Einnahmen erzielt werden, um die laufenden Kosten zu bestreiten. Wie der Aufstellung zu entnehmen ist, handelt es sich um eine Summe von 2.632,26 €. Der Verein beantragt finanzielle Unterstützung in Höhe von 2.632,26 € bei der Stadt Haldensleben.

Für Stadträtin Nadine Brennecke sind die Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 915,50 € und die sonstigen Verwaltungskosten fraglich. Sie würde von der beantragten Summe 1.000,00 € abziehen.

Beim Verein Khepera würde Stadtrat Sascha Oldenburg keine Kürzung vornehmen. Dieser Verein unterstützt aktiv sämtliche Veranstaltungen bzw. Feste, die die Stadt Haldensleben organisiert.

Wenn der Verein nachweisen kann, woraus die Rechts- und Beratungskosten resultieren, könnte sich Stadträtin Nadine Brennecke eine Kostenübernahme in voller Höhe vorstellen.

Unter der Voraussetzung, dass der Verein Khepera die Kosten für die Rechts- und Beratungskosten nachweisen kann, sprechen sich die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses einstimmig bei 1 Stimmenthaltung dafür aus, dem Verein die finanzielle Unterstützung, wie beantragt, zu gewähren (2.632,26 €).

Stadtrat Reinhard Schreiber nimmt wieder an der Beratung teil; somit 7 Ausschussmitglieder anwesend.

- 8.7. Antrag auf Zuwendung durch Einnahmefälle, die durch die Corona-Krise verursacht wurden Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. Regionalverband Ohre Die Volkssolidarität RV Ohre Börde übernimmt im EHFA Haldensleben die Betreuung der Senioren*innen mit vielfältigen Angeboten und Veranstaltungen. Durch die Schließzeiten im Frühjahr und Winter sowie der geltenden Hygieneregeln und Einschränkungen in der Besucherzahl konnten die Einnahmen durch den Verkauf von Speisen und Getränken zur Deckung der Personalkosten wie im Vorjahr nicht erreicht werden. Es wird ein Zuschuss in Höhe von 6.875,70 € beantragt.

Die beantragte Summe erscheint Stadträtin Nadine Brennecke für zu hoch. Sie unterbreitet den Vorschlag, die beantragte Summe auf 3.500,00 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (Der Vorschlag findet keine Mehrheit.)

Die Abstimmung über die beantragte Summe von 6.875,70 € ergibt folgendes Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Damit wird der Volkssolidarität der Zuschuss in der beantragten Höhe zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Tim Teßmann sehe zwischen dem Antrag der Volkssolidarität und dem Antrag vom Kinderschutzbund eine Ungleichbehandlung. Daran ist jetzt nichts mehr zu ändern, die Abstimmungen sind so erfolgt.

zu TOP 9 Mitteilungen

Der TOP 9 entfällt; es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor.

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

- 10.1. Stadträtin Birgit Kolbe kommt auf die Anregung von ihrem Fraktionskollegen im Stadtrat bezüglich Hundekot im Stadtgebiet zu sprechen. Ihr wurde zugetragen, dass in einigen Straßenzügen keine Müllbehälter aufgestellt sind bzw. Müllbehälter nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Sie würde die Verwaltung bitten, prüfen zu lassen, ob in bestimmten Bereichen noch Müllbehälter aufgestellt werden könnten.

Vielleicht wäre es hilfreich, wenn die Hundekottüten nicht nur im Bürgerbüro ausgegeben werden, sondern dass diese im gesamten Stadtgebiet zu erhalten wären, meint Stadträtin Nadine Brennecke.

So wurde es schon einmal praktiziert, aber es hat nicht funktioniert. Die Tüten wurden zweckentfremdet verwendet. Deshalb wurde dazu übergegangen, die Tüten nur im Bürgerbüro auszugeben, merkt die stellv. Bürgermeisterin an. Es ist zu überlegen, den Versuch noch einmal zu starten und an zentralen Punkten Tüten auszugeben. Sie würde dafür Mittel im nächsten Haushalt einplanen.

Stadtrat Reinhard Schreiber sei bekannt, dass sich die AG der Händler auch mit der Thematik Hundekot beschäftigt habe. Vielleicht erkundigt man sich einmal bei den Händlern, zu welchem Ergebnis sie gekommen sind.

- 10.2. Stadtrat Tim Teßmann wurde angesprochen und gefragt, ob auf dem Friedhof in Haldensleben auch Baumbestattungen möglich sind? Das wäre wohl im Trend (eine Art Friedwald).

Stadträtin Nadine Brennecke ergänzt, dass auch Tier/Mensch-Bestattungen (beide als Urne) in anderen Städten ein ganz großer Renner sind und bereits praktiziert werden. Wenn das Tier verstorben ist, wird eine Grabstelle gekauft oder angemietet, die Urne vom Tier wird beigesetzt und wenn das Herrchen verstirbt, kommt seine Urne auch in diese Grabstelle. Mensch und Tier in einer Grabstätte.

- 10.3. Die Wochenmarkthändler würden gern wieder ihre Stände auf dem Hagentorplatz aufbauen. Auf dem Markt fehlt ihnen die Kundschaft, so der Tenor der Händler, merkt Stadtrat Bodo Zeymer an.

Der Markt muss eingezäunt sein und das lasse auch auf dem Hagentorplatz nicht realisieren, antwortet Amtsleiterin Carola Aust.

- 10.4. Stadtrat Reinhard Schreiber hinterfragt, ob die Insolvenz beim ISV bereits abgeschlossen ist.

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler ist nur bekannt, dass der ISV Insolvenz angemeldet hat. Das Insolvenzverfahren läuft, ob es abgeschlossen ist, müsste sie erfragen.

gez. Klaus Czernitzki
Ausschussvorsitzender

Protokollantin